

Sperrfrist Redebeginn
Es gilt das gesprochene Wort

**Rede der Vorsitzenden der Partei DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern,
Heidrun Bluhm, auf der 1. Außerordentlichen Tagung des 5. Landesparteitages
am 24.09.2016 in Güstrow**

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

ja, das Landtagswahlergebnis für DIE LINKE am 4. September mit
13,2 % ist das schlechteste Wahlergebnis, das wir seit 1990 von den Wählerinnen
und Wählern bekommen haben.

Das können und dürfen wir in keiner Weise leugnen.

Das schmerzt uns alle und sitzt immer noch richtig tief. Heute werden wir über die
Ursachen und Gründe diskutieren.

Dass es auch anders geht, das haben die Genossinnen und Genossen am
vergangenen Wochenende in Berlin gezeigt.

Deshalb von hier aus einen herzlichen Gruß an alle Berliner Wahlkämpferinnen und
Wahlkämpfer verbunden mit den Wünschen, dass es gelingen wird, aus diesem
Wahlergebnis das Beste für die Berlinerinnen und Berliner zu machen.

Aber nun zurück zu uns.

Beginnen möchte ich mit einem Dank an alle Genossinnen und Genossen, die sich in
den letzten Wochen und Monaten unermüdlich engagiert haben in diesem
schwierigen Wahlkampf.

Wir alle haben gemerkt, dass dieser Wahlkampf nicht leicht für uns werden würde.

Ganz besonderen Dank aber an die Kandidatinnen und Kandidaten, vor allem den
vielen Direktkandidatinnen und Direktkandidaten, die nicht über die Liste Aussicht auf
einen Sitz im Landtag hatten.

Sie alle waren mit voller Kraft auf der Straße und haben gekämpft und ihre
Wahlergebnisse waren in den Erststimmen teilweise sehr beachtlich.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir alle, so wie wir hier sitzen, aber auch die Genossinnen und Genossen, die heute nicht dabei sind, haben sich in den vergangenen drei Wochen Gedanken gemacht, ja fast den Kopf zermartert, was da so schief gelaufen ist.

Der Landesvorstand erwartet deshalb heute eine intensive Debatte über die Gründe und Ursachen dieses Wahldebakels für uns.

Einige wenige Genossinnen und Genossen haben uns in den letzten Tagen ihre Gedanken auch schon schriftlich mitgeteilt und die waren nicht erfreulich.

Ich jedenfalls habe alle diese Zuschriften, z.T. auch über die Presse lanciert, sehr intensiv und durchaus auch selbstkritisch gelesen.

Das kann ich euch versichern. Auch im Landesvorstand haben wir diese Meinungen diskutiert.

Einen Teil dieser Feststellungen teilen wir, einiges aber auch nicht.

Aber Jede und Jeder von uns hat das Recht und zugleich auch die Mitverantwortung, sich an der Analyse zu beteiligen, genauso wie Jede und Jeder von uns seit eineinhalb Jahren sich beteiligen konnte und sollte, als es um die Vorbereitung der Landtagswahlen ging.

Ich möchte daran erinnern, dass der alte Landesvorstand bereits am 17.01.2015 die Vertreterversammlung für den Januar 2016 einberufen hatte.

Wir hatten beschlossen, dass wir in einem sehr parteioffenen Prozess die gesamte Partei in die Vorbereitung der Landtagswahlen einbeziehen wollen.

Wir haben uns eine Wahlkampfstrategie gegeben, in der wir die Ziele für die Partei und den Weg dahin beschrieben haben. Im November des letzten Jahres auf dem Parteitag in Pasewalk haben wir nach vorheriger breiter Diskussion in den Parteigremien diese Strategie mit übergroßer Mehrheit beschlossen.

Wir haben diese Strategie unter dem Motto „10 Jahre große Koalition sind genug“ erarbeitet und einen neuen Landesvorstand gewählt, der eine intensive personelle Verjüngungskur erfahren hat.

Wir wollten mit dem vollzogenen Generationswechsel im Vorstand ein neues junges Bild unserer Partei zeichnen, das zugleich Aufbruch und Zukunft für DIE LINKE in Mecklenburg – Vorpommern signalisiert.

Wir haben Eckpunkte für die Erarbeitung des Wahlprogramms im Januar 2016 auf den Weg gebracht und auf dieser Basis nicht nur eine intensive Diskussion um die besten programmatischen Politikangebote in der Partei entfacht, sondern sind mit diesen Eckpunkten in Vereine, Verbände, Gewerkschaften und Kammern und in Gesprächsgruppen in der Bevölkerung gegangen.

All diese Anregungen, Meinungen und Hinweise wurden aufgenommen und sind ins Wahlprogramm eingeflossen.

In all diesen Gesprächsrunden ging es immer und ganz klar um die Entwicklungspotentiale in unserem Bundesland, ging es immer um die Zukunft in M – V.

War das vielleicht schon der erste Fehler, den wir begangen haben? Haben wir uns zu früh auf den Weg gemacht?

Ich sage nein,

denn die Auswertung der Kommunalwahlen im Jahre 2014 hatte als eine Schlussfolgerung gezeigt, dass wir bei so wichtigen Entscheidungen mehr Zeit brauchen, um die gesamte Partei in die Diskussion einbeziehen zu können.

Ich erinnere mich noch sehr gut, dass auf der Januarklausur der Landtagsfraktion 2015 davor gewarnt wurde, dass wir viel zu spät sind mit den Vorbereitungen der Landtagswahl.

Schließlich hatten wir uns vorgenommen, auch außerhalb der Partei mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen über die Frage, wie sie sich die Zukunft unseres Landes vorstellen.

Wir hatten uns vorgenommen, nicht über die Köpfe der Menschen hinweg Politik zu machen, sondern mit ihnen gemeinsam und auf Augenhöhe.

All das fand in unzähligen thematischen Konferenzen, in Diskussionsforen und in Gesprächen mit Aktiven aus der Gesellschaft statt.

Ich erinnere nur an die Kinderarmutskampagne „Eene mene muh und raus bist du“ oder an das Forum zu der Zukunft regenerativer Energiegewinnung in M-V.

Zu fast jedem Thema haben wir an vielen Wochenenden diskutiert. Wir haben die Bundeskampagne „Das muss drin sein“ parallel zur Wahlvorbereitung in vielen Kreisen durchgeführt und hier schon frühzeitig auf die neue Art des Bürgerdialogs unserer Partei hingewiesen.

Wir haben genau ein Jahr vor der Wahl unser Wahlkampf motto und unseren Spitzenkandidaten in Rostock der Öffentlichkeit präsentiert.

Wir waren in allem die Ersten.

Und wir wurden kopiert von anderen, leider auch von der NPD.

Gute Ideen werden immer kopiert. Schlechte nicht.

Fast alle Parteien sind aufgesprungen auf unser Motto in irgendwie abgewandelter Form.

Wenn man nicht riskieren will, kopiert zu werden, dann muss man dafür sorgen, dass man der Letzte ist.

Dann kann man sich abgrenzen von den anderen.

Und wenn uns zwei Genossen vorwerfen, dass wir mit falschen Parolen Wahlkampf gemacht hätten und uns damit bewusst in die Nähe der NPD rücken, dann hat das für mich nichts mit fairer Wahlauswertung zu tun.

Das ist Stimmungsmache reinster Natur.

Vor allem, wenn diese Meinung parallel zu den Parteigremien an die Presse gegeben wird, statt sich hier und heute an der Diskussion zu beteiligen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

alle unsere Entscheidungen haben wir vorher breit in der Partei zur Diskussion gestellt, haben sie auf unseren Parteitagen mit übergroßen Mehrheiten jeweils beschlossen, das Motto, die Kampagne, die Kandidatinnen und Kandidaten und unser Wahlprogramm sowie die 15 Zukunftsprojekte.

Wir haben schon ab Juni letzten Jahres mit den Kreisen Plakate, Zeitungen, Ringbücherbestellungen abgefragt und genau diesen Wünschen entsprechend rechtzeitig zur Verfügung gestellt.

Ja klar, es kamen natürlich auch andere Vorschläge.

Jeder von uns konnte sich beteiligen und alles wurde zur Abstimmung gestellt.

Am Ende haben wir uns für diese Kampagne entschieden.

Ja klar, diejenigen von uns, die sich seinerzeit mit ihren Vorschlägen nicht durchsetzen konnten, dürfen uns heute dafür kritisieren.

Das müssen wir aushalten.

Vielleicht wären wir damit erfolgreicher gewesen.

Vielleicht aber auch nicht.

Einzelne Kreise haben es teilweise auch versucht mit eigenen Produkten an den Start zu gehen.

Aber haben sie damit auch bessere Wahlergebnisse erreicht?

Denn das ist die Messlatte, die bei dieser Beurteilung angelegt werden muss.

Und damit komme ich jetzt zu den Ergebnissen.

DIE LINKE hat am 4. September 106 259 Zweitstimmen erzielt, das sind 19 269 Stimmen weniger als 2011.

Wir haben ca. 16 000 Stimmen an die AfD, 3 000 Stimmen an die SPD, 1000 Stimmen an die NPD verloren und 7 000 Wählerinnen und Wähler, die uns 2011 noch gewählt haben, sind verstorben.

Wir haben 1 000 Stimmen von den Grünen, 3 000 Stimmen von Zugezogenen und 9 000 Stimmen aus dem Nichtwählerlager erhalten. So analysiert Infratest- dimap unsere Wählerwanderung.

Wenn diese Zahlen in etwa stimmen, dann ist es in der Tat so, dass wir Protestwähler bei dieser Wahl nicht mehr erreicht haben wie früher.

Und jetzt müssen wir uns fragen, warum das so war.

Protestwähler sind vor allem deshalb Protestwähler, weil sie nicht programmatisch wählen, sondern die Partei, die am meisten Protestpotential ausstrahlt.

Das waren wir in diesem Jahr offensichtlich nicht.

Zum einen, weil unser Programm die Zukunft für M-V als sozial gerechtere, demokratischere und vor allem zukunftsfähigere Gesellschaft beschrieben hat.

Zum anderen haben wir uns klar für Solidarität mit den Geflüchteten und auf deren Integration in unser Land festgelegt und uns für die Bekämpfung der Fluchtursachen in den Herkunftsländern ausgesprochen.

Diese Position haben viele Wählerinnen und Wähler, die uns früher als Protestpartei gewählt haben, nicht mit uns geteilt.

Wir haben oft den Satz zu hören bekommen: „Früher habe ich euch gewählt, aber eure Flüchtlingsposition teile ich nicht, deshalb bekommt ihr meine Stimme diesmal nicht.“

Liebe Genossinnen und Genossen,

hätten wir diese Position aufgegeben, dann hätten wir diese 16 000 Stimmen vielleicht bekommen. Aber ich sage euch, dann hätten wir viele tausend andere Stimmen verloren, nämlich diejenigen, die uns wegen dieser konsequenten Haltung zur Integration von Geflüchteten gewählt haben.

Vor allem Jung- und Erstwähler, also die 18 – 24 jährigen, sind mit 15 % von unseren 13,2 % überproportional beteiligt.

Alle diese Stimmen hätten wir riskiert.

Andere Parteien, die während des Wahlkampfes umgeschwenkt sind und über Obergrenzen und ähnliches schwadroniert haben, haben deshalb ihren eigenen Absturz auch nicht verhindern können.

Das hat am Ende nur der AfD als das Original gegen Ausländer geholfen.

Die Erst- und Jungwähler können und müssen unser zukünftiges Stammwählerpotential werden.

Das aber nur, wenn wir unserer Position in der Flüchtlingsfrage treu bleiben.

Uns wählen überdurchschnittlich Menschen mit höherer oder mittlerer Bildung.

Nicht nur deshalb war und ist uns die Verbesserung der Bildungschancen kostenfrei im Programm so wichtig gewesen.

Nur wenn alle jungen Menschen ein Recht auf lebenslange Bildung für sich selbst nutzen können, auch in M-V, dann werden sie den billigen Parolen der NPD und AfD nicht auf den Leim gehen.

Drei weitere Zahlen noch: 64 % unserer Wählerinnen und Wähler haben uns aus Überzeugung gewählt und ca. 30 % aus Enttäuschung der Politik der großen Koalitionen in Bund und Land.

Und davon 67 % wegen unserer Sachlösungen.

Wollen wir diese Menschen wirklich enttäuschen?

Das können wir nicht wollen.

Diese absoluten Zahlen addiert, haben uns 13,2 % real gebracht.

Was schlussfolgern wir daraus und warum hat es nicht für mehr gereicht?

Hat die klare Aussage, dass wir unsere Ziele auch in Regierungsverantwortung umsetzen wollen, geschadet, wie einige Genossinnen und Genossen vermuten?

Haben sich so viele von uns bei der Zielstellung unserer Strategie geirrt?

Nein, haben sie nicht.

Denn wir haben immer auch gesagt, dass wir nur regieren wollen, wenn es sich für die Menschen in Mecklenburg – Vorpommern wirklich lohnt und wenn uns das Wahlergebnis dazu die Möglichkeit bietet.

Rein rechnerisch hätte unser Wahlergebnis eine Koalition aus SPD und LINKEN ermöglicht.

Das allein war aber nicht das Kriterium für uns.

Wir haben in die Sondierungsgespräche mit der SPD unsere 15 Zukunftsprojekte eingebracht, so wie wir das miteinander vereinbart hatten.

Und das war der SPD zu teuer.

In ihrer Politik für das Land hätten sie dazu weit nach links rücken müssen.

Dazu war sie nicht bereit.

Der NDR hat unsere Sondierungen als „forsch“ bezeichnet.

Liebe Genossinnen und Genossen, das war ein dickes Lob.

Die SPD hat sich lieber wieder den willfährigen Partner CDU genommen, der keine Forderungen gestellt hat, einfach nur wieder mitregieren wollte.

Einen Partner, der in den vergangenen Jahren unter eigener Verantwortung über 1 000 Stellen bei der Polizei gestrichen hat, um jetzt wieder 555 neue Stellen einzurichten.

Und ob es denn jetzt so kommt, das wird auch erst die Zeit zeigen.

Herr Sellering sagt schon mal: Das ist eine Schnapszahl.

Das ist Programm von SPD und CDU, das sind ihre Vorstellungen von Zukunft im Land.

Das wäre mit uns natürlich nicht gegangen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

was will ich damit sagen:

Bei allem Schmerz über unser schlechtes Abschneiden bei der Wahl, hätten wir doch **nicht** vor lauter Demut auf die Prüfung der programmatischen Ernsthaftigkeit der SPD verzichten dürfen.

Nur so können wir doch beweisen, dass die SPD keinen ernsthaften Willen zur eigenen Erneuerung hat.

Nur so können wir sie doch überführen, darin, dass sie den Warnschuss vieler verärgelter Bürgerinnen und Bürger nicht verstanden hat.

Es wird nicht viel übrig bleiben von den Wahlversprechen eines Erwin Sellering.

Diese **alte, neue** Regierung ist eine **Reise in die Vergangenheit**, sie ist kein Aufbruch, keine Zukunftsvision für Mecklenburg – Vorpommern.

Wenn beide Spitzen von SPD und CDU, die auch im Bund miteinander regieren, ihre eigene Bundesregierung und gemeinsam getragene Kanzlerin Merkel im Wahlkampf beschuldigen, für die Probleme im Land verantwortlich zu sein, dann kann man sich ihre **eigenen schlechten Wahlergebnisse halbwegs erklären**, auch wenn es wieder für eine gemeinsame Regierung gereicht hat.

Das sollte lediglich ablenken vom eigenen Versagen, unser Land wirklich zukunftsfest zu machen.

Also reines Wahlmanöver von SPD und CDU.

Bei naher Betrachtung haben sie - genau wie wir - viele Wählerinnen und Wähler an die AfD verloren.

Nur in den letzten Tagen haben dann **einige taktisch das gewählt**, was sie kennen, aus Angst, dass man bei den steigenden Prognosen für die AfD eine Regierung bekommt, die man gar nicht will.

Diese **alte, neue Regierung** ist das **geringere Übel**.

Liebe Genossinnen und Genossen,

es ist aber auch klar, dass wir einige Gründe für die Wahlniederlage nicht beeinflussen konnten, **andere aber schon**.

Die Wählerinnen und Wähler haben das nachvollzogen, was in anderen Bundesländern bereits stattgefunden hat.

Mit dem Einzug der AfD in den Landtag vollzieht sich eine Umwälzung des Parteiensystems auch in unserem Land.

Mit Ausnahme von Thüringen und Berlin hat DIE LINKE in den ostdeutschen Ländern bei den letzten Wahlen überall verloren.

Gerade mit Sachsen-Anhalt ist die Situation vergleichbar. Beide Wahlen fanden unter dem gleichen bundespolitischen Eindruck statt.

Der Abstand zwischen AfD und LINKEN beträgt in beiden Fällen acht Prozent.

Das Ergebnis ist aber nicht nur für DIE LINKE in M-V eine Niederlage, sondern für die DIE LINKE generell.

Die Erosion unserer Wählerbasis in Ostdeutschland, aber auch der verpasste Einzug in die Landtage von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz muss für die Bundespartei ein Weckruf sein.

Auch in Berlin muss die Frage gestellt werden, welche Schlussfolgerungen daraus zu ziehen sind.

Dies **entlastet aber unseren Landesverband nicht**, selbst eine tiefgründige Analyse vorzunehmen und Schlussfolgerungen aus der eigenen Wahl zu ziehen.

Dabei darf es kein Tabu geben, über alle Inhalte, Strukturen und Personen darf und muss gesprochen werden.

DIE LINKE. M-V war in diesem Wahlkampf mit schwierigen Ausgangsbedingungen konfrontiert.

Einerseits gab es eine hohe Zufriedenheit mit den persönlichen wirtschaftlichen Lebensumständen.

Die eigene Situation der Wählerinnen und Wähler wird oftmals positiv eingeschätzt.

CDU und SPD haben diese Stimmung verstärkt, indem sie die Probleme und Herausforderungen des Landes nicht thematisierten.

Damit verbinden weite Teile der Bevölkerung die Hoffnung, dass die krassesten Auswirkungen des Kürzens und des Strukturabbaus vorbei sind und sich das Land nunmehr in einer Konsolidierungsphase befindet.

Das machte es schwer für uns, einen politischen Wechsel zu erklären.

Auf der anderen Seite zeigt sich, dass die Wahrnehmung diffuser Zukunftsängste spürbar zugenommen hat.

Dies ist nicht erst mit der gestiegenen Zuwanderung zu beobachten, der verstärkte Zuzug von Migrantinnen und Migranten wirkt jedoch als Katalysator.

An den Zugewanderten können die eigenen Zukunftsängste fest gemacht werden.

Ein Großteil der Menschen ist beunruhigt, eine Mehrheit schaut eher mit Angst als mit Zuversicht in die Zukunft.

In den letzten beiden Jahren nahm die gefühlte allgemeine Unsicherheit deutlich zu.

Nur knapp die Hälfte der Ostdeutschen glaubt, dass sie im Alter einen sozialen Abstieg vermeiden können.

Insbesondere die mittlere Generation rechnet fest mit wirtschaftlich schlechteren Zeiten. In diesem Umfeld wundert es nicht, dass die Menschen dazu neigen, am Bestehenden festzuhalten.

Verlustängste verschließen die Menschen und machen sie auch für unsere Politik weniger empfänglich.

Der Protest, die jahrelange Oppositionsarbeit der LINKEN, wurde im Moment der Wahl von der AfD aufgesaugt.

Bei allen Landtagswahlen in 2016 war der gleiche Trend erkennbar.

Während alle Parteien nach und nach in den Umfragen sanken, wurden die Ministerpräsidenten als Symbole der Stabilität gestärkt.

In der heißen Phase des Wahlkampfes legte auch bei uns die SPD wieder zu und konnte mobilisieren, während LINKE und Grüne verloren.

Erwin Sellering wurde als Galionsfigur voran gestellt.

Er hat einen hohen Bekanntheitswert und die Beliebtheitswerte sind im Vergleich zu Lorenz Caffier und Helmut Holter deutlich höher.

Auch die LINKEN-Anhänger und selbst ein Drittel der AfD-Anhänger würden Sellering laut Umfragen direkt wählen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Wahlen erfolgreich zu bestehen wird für DIE LINKE seit einigen Jahren auch aus demografischen Gründen immer schwieriger.

Wir verlieren, mehr als jede andere Partei, Stimmen aufgrund des Generationenwechsels.

Das Wahlergebnis zeigt, wir haben überproportional viele Wählerinnen und Wähler in der Altersgruppe der über 60-jährigen.

Die Wählerinnen und Wähler im erwerbsfähigen Alter votieren für uns hingegen nur unterdurchschnittlich.

Erst in der Altersgruppe der 18 bis 24-jährigen erzielen wir eine ähnlich hohe Zustimmung wie bei den Älteren.

Dies zeigt, dass das demografische Tal noch nicht durchschritten ist und auf absehbare Zeit nicht durchschritten sein wird.

Auch verändert sich zunehmend die Zusammensetzung der Bevölkerung.

Es nimmt der Anteil gut situerter Akademikerinnen und Akademiker im Rentenalter an der Wahlbevölkerung ab.

Diese wählen uns traditionell und überdurchschnittlich.

Stattdessen steigt der Anteil der Arbeitslosen und derer mit einfachen Bildungsabschlüssen.

Dieses Milieu erreichen wir nicht in gleichem Maße, um die Verluste auszugleichen. Sie wollten einfache Antworten hören, die wir nicht hatten.

Unsere Wahlstrategie und unser Programm zur Landtagswahl waren darauf ausgerichtet, vor allem jenen Menschen Perspektiven zu eröffnen, die vom steigenden gesamtgesellschaftlichen Reichtum abgekoppelt sind.

Gerade bei den Wählerinnen und Wählern mit niedriger Bildung sowie Arbeitern hat DIE LINKE jedoch die höchsten Verluste eingefahren.

Es ist uns nicht gelungen, ihnen unsere Vorstellungen einer besseren Gesellschaft zu vermitteln und realistische Durchsetzungsoptionen aufzuzeigen.

Ebenso ist es uns nicht gelungen, die Menschen für unser Programm, für unsere Zukunftsvision zu öffnen und deutlich zu machen, dass sich mit einer Wahlentscheidung für DIE LINKE ihre Lebensumstände tatsächlich und konkret verbessern würden.

Die ungewissen Zukunftsängste der Bürgerinnen und Bürger spielen der AfD in die Hände, indem sie diese Ängste populistisch aufgebauscht hat.

DIE LINKE wird als Teil des etablierten Parteiensystems wahrgenommen und ist in dieser Situation nicht in der Lage, diese Stimmen auf sich zu vereinen.

Andererseits konnten wir als Partei in der Opposition auch nicht von der gestiegenen Zufriedenheit mit der persönlichen wirtschaftlichen Situation profitieren.

Wir werden **nicht** als Regierungsoption wahrgenommen.

In dieser Situation konnten wir unseren Stimmanteil weder in die eine, noch in die andere Richtung ausbauen. Damit haben wir den Status als Protestpartei verloren, an die AfD.

Daraus schlussfolgernd müssen wir unsere Rolle, unsere Aufgabe in dieser Gesellschaft neu definieren.

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Leistungsfähigkeit unserer Parteibasis hat weiter abgenommen.

Insbesondere im ländlichen Raum wird die Partei kaum wahrgenommen.

Die Herausforderung für kommende Wahlkämpfe wird größer und absehbar nicht mehr in Art und Umfang wie bisher zu leisten sein.

Allerdings wurden in der Wahlkampagne die bestehenden Potentiale auch nicht vollständig genutzt.

Unterstützungsangebote aus personell besser ausgestatteten Kreisverbänden wurden teilweise nicht wahrgenommen.

Die geschlossene Wahlkampfunterstützung von Mitgliedern der Kreistagsfraktionen war nicht überall der Fall.

In Einzelfällen traten Kreistagsmitglieder von uns überhaupt nicht im Wahlkampf in Erscheinung.

Insofern ist es zwar richtig, angesichts der älter werdenden Partei, eine geringer werdende Mobilisierungsfähigkeit festzustellen, es ist aber auch wahr, dass nicht alle zur Verfügung stehenden Kräfte mitgemacht haben.

Obwohl hoffnungsvolle Signale nach einem Neuanfang für das Land vernehmbar waren, konnte die AfD mit ihrem Wahlergebnis die große Unzufriedenheit breiter Bevölkerungsschichten im Land abbilden.

Sie wird auch als größere Oppositionsfraktion nicht in der Lage und nicht Willens sein, die Anliegen der Einwohnerinnen und Einwohner, die sie gewählt haben, aufzunehmen. Die bisherigen Erfahrungen aus anderen Landtagen zeigen, dass die Fraktionen zerrissen sind und Personalquerelen den politischen Alltag bestimmen.

Ihr Landtagswahlprogramm zeigt klar, dass ihre Politikvorstellungen asozial sind.

Die AfD propagiert eine Politik der sozialen Auslese.

Die Wertevorstellungen der AfD orientieren sich an einem verklärten Bild der Vergangenheit.

Nicht zuletzt bleibt die AfD eine ausländerfeindliche Partei, indem sie die faktische Abschaffung des Rechts auf politisches Asyl fordert.

Vor diesem Hintergrund bleibt es die Aufgabe der LINKEN all jene zu vertreten, die in ihrem Alltag von Ungleichheit betroffen sind.

Arbeitslosen, prekär Beschäftigten, Menschen mit Migrationshintergrund, in Altersarmut Lebenden, Familien mit Kindern sowie sozial und gesellschaftlich benachteiligten Frauen werden wir weiterhin eine Stimme geben.

Tun wir dies nicht, bleiben diese Menschen ungehört.

Gleichzeitig ist uns ein wichtiges Anliegen, die Belange jüngerer Generationen zu berücksichtigen.

Jetzt müssen die politischen Entscheidungen getroffen werden, die darüber entscheiden, ob Leben und Arbeiten in M-V eine gute Zukunft haben.

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Erfahrungen zeigen, dass Koalitionen links von der Mitte vorbereitet werden müssen, sie brauchen gesellschaftlichen Widerhall.

Dies ist auch für den Stellenwert der LINKEN in einer Koalition von Belang, weil wir nur dann in der Lage sind, selbstbewusst unsere Positionen durchzusetzen.

Die erste Periode rot-roter Regierungen in Ostdeutschland zeigt, DIE LINKE ist schlecht beraten, wenn sie durch Gnade der SPD mit am Kabinetttisch sitzen darf.

Vielmehr geht es darum, Regierungspolitik glaubhaft und für die Wählerinnen und Wähler nachvollziehbar nach links zu verschieben.

Koalitionen mit der LINKEN finden auf Augenhöhe oder gar nicht statt.

Um diesen Anspruch durchzusetzen, braucht DIE LINKE einen größeren gesellschaftlichen Rückhalt.

Diese parteipolitische Herausforderung ist die größte vor der wir jemals standen.

Die Bedingungen, sie zu bewältigen, sind nicht einfacher geworden.

Dies hat mit der geringer werdenden Organisationsfähigkeit unserer Partei zu tun.

Nun werden drei Mandate in der Landtagsfraktion fehlen.

Dies betrifft vor allem die Fachpolitik, Mandatsträger, die mit ihrem Fachwissen auch das Bild unserer Partei geprägt haben. Gleichzeitig fehlen die personellen und finanziellen Ressourcen, die mit einem gewonnenen Landtagsmandat einhergehen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wenn wir die kommenden Jahre nutzen wollen, um uns in eine gute Ausgangssituation für zukünftige Wahlen zu bringen, schaffen wir das nur, wenn wir jetzt alle Strukturen, Inhalte und Personen auf den Prüfstand stellen.

Die Lage, in der sich die Partei befindet, ist ernst, aber noch nicht existenzbedrohend, wie uns ein Mitglied unserer Partei medial mitzuteilen hatte.

Aber dieser ernsten Lage müssen wir uns alle bewusst werden, um aus dieser Krise gestärkt hervorzugehen.

Diesen eigenen Veränderungswillen müssen wir aber alle selbst verinnerlichen.

Alle müssen mitmachen.

Ein weiter so kann es **für uns** ganz sicher nicht geben.

Dazu müssen wir unsere Position im „strategischen Dreieck“ aus Protest, Gestaltung und über den Kapitalismus hinausweisende Alternativen neu bestimmen.

Denn die Polarisierung in der Gesellschaft ist mit den neuesten Wahlergebnissen noch nicht abgeschlossen.

Wer glaubt, dass das jetzt die Spitze des Eisbergs war, der irrt gewaltig.

Die nächsten Landtagswahlen und die Bundestagswahl im nächsten Jahr werden das zeigen.

Das gesamte politische System wird weiter erodieren.

Das zeigen auch die Entwicklungen in den anderen europäischen Staaten und auch die USA.

Ideologische Parolen, sogenannte „deutsche Wertvorstellungen“, eine politische Führung mit hartem Kurs steht unserer Vorstellung einer bürgerdemokratischen Gesellschaft entgegen.

Wir müssen klare Haltung zeigen, dürfen nicht wackeln, wie z.B. bei der Flüchtlingsfrage, an der andere Parteien schon gescheitert sind.

Unsere Kernkompetenzen zu den Themen Frieden, Abrüstung, Waffenexportverbot, lebenslange Bildung für alle und natürlich unsere sozialen Themen müssen in klare Kommunikationsstrategien eingebettet und über die politische Bildung in der Partei gefestigt werden.

DIE LINKE wird nur erfolgreich sein, wenn sie die sich ihr bietenden Möglichkeiten nutzt, positive Veränderungen auch durchzusetzen und wenn wir alle an unserer **eigenen politischen Fitness** arbeiten.

Dazu werden wir in der Landesgeschäftsstelle die gesamte Koordination dieser Aufgabe neu ansiedeln.

So wollen wir den Sachverstand aus der Partei, der Fraktion, aus fachlichen Institutionen und auch aus der Rosa-Luxemburg- Stiftung, dem kommunalpolitischen Forum für uns alle nutzbar machen.

Autarke Parallelstrukturen können wir uns in Zukunft nicht mehr leisten.

Liebe Genossinnen und Genossen,

gleichzeitig ist es notwendig, den gesellschaftlichen Druck für Veränderungen durch eine Unterstützung des Protests zu verstärken.

Die in den Regionen agierenden Bürgerinitiativen, auch die, die nicht durch unsere Genossinnen und Genossen initiiert wurden, sind eine gute Möglichkeit, unsere Kompetenzen und Ressourcen in diesen Protest einzubringen.

Wir müssen wieder stärker darauf achten, was **um uns herum alles nicht** in Ordnung ist, wo sich **Bürgerprotest regt** und **wir helfen können**, diesen Protest laut und wirkungsvoll zu machen.

Da gibt es sehr viel zu tun.

In der Vergangenheit litt unsere eigene Kampagnefähigkeit nicht nur daran, dass unsere Mitgliedschaft altert.

Nein, wir haben uns zu wenig auf mögliche Kampagnen in unserer politischen Arbeit konzentriert.

Kampagnen und Protest mit Wahlkampf zu verbinden, das ist das, was wir versuchen müssen.

Schließlich sind wir irgendwie immer im Wahlkampf.

Unser Spruch, Partei für den Alltag und nicht nur für den Wahltag, der muss für uns wieder gelten.

An dieser Stelle ist aber auch zu sagen, dass wir hier in diesem Bereich schon ordentlich zugelegt haben.

Ich erinnere an die vielen Unterschriftensammlungen in den letzten Jahren.

Wir sollten uns auch neue Formate überlegen.

Z.B. unsere politische Ansprache mit öffentlichen Veranstaltungsangeboten zu verbinden, an denen die Bürgerinnen und Bürger niedrigschwellig angesprochen werden.

Ein solcher Versuch, den T. Koplín und ich gemeinsam mit der Neustrelitzer LINKEN organisiert hatten, war sehr erfolgreich, als wir im Kino einen Film über die Entstehung des Reichtums und die Hilfe der Banken dabei zum Anlass genommen haben, mit einem übervollen Saal darüber zu diskutieren.

Wenn wir also nicht mehr überall in der Fläche durch Mitglieder unserer Partei ansprechbar sind, dann sollten wir alle auch über diese Möglichkeiten intensiver nachdenken.

Liebe Genossinnen und Genossen,

schließlich ist es an uns, einen Sozialismusbegriff zu definieren, der auch im 21. Jahrhundert wieder Strahlkraft entfalten kann.

Deshalb schlägt der Landesvorstand in seinem euch vorliegenden Antrag vor, gemeinsam ein Leitbild für die Landespartei zu entwickeln, welches klar darüber

Auskunft gibt, welchen Mehrwert DIE LINKE für die Einwohnerinnen und Einwohner in unserem Land haben kann.

Die Wählerinnen und Wähler wollen nicht unsere Partei verstehen, vielmehr erwarten sie, dass wir sie verstehen.

Deshalb wollen wir auf ihre Zukunftsängste eingehen und die Voraussetzungen dafür ermitteln, damit diese Menschen gemeinsam mit uns wieder mit mehr Zuversicht in die Zukunft schauen können.

Wir wollen Alternativen zur Regierungspolitik entwickeln.

Der inhaltliche Leitfaden bleibt für uns das Programm zur Landtagswahl und die daraus abgeleiteten Zukunftsprojekte.

Die Alternativen sollen in enger Abstimmung mit Partnern entstehen.

Dies sind gesellschaftliche Initiativen, Interessenvereinigungen, Bürgerinitiativen, Akteure vor Ort, die für Zukunftsperspektiven und einen demokratischen sowie sozialen Ausgleich in der Gesellschaft eintreten.

Dazu wollen wir Sachverständige aus der Gesellschaft zur Beratung hinzuziehen. Mit „Bürgeranträgen“ wollen wir engagierten Einwohnerinnen und Einwohner die Möglichkeit geben, über unsere Landtagsfraktion parlamentarisches Gehör zu finden.

Diese Vernetzung mit demokratischen, antifaschistischen und sozialen Gruppen und Verbänden, die uns programmatisch nahe stehen, ist eine gute Grundlage für den weiteren Ausbau der Akzeptanz unserer politischen Ziele in der Gesellschaft.

Dazu gibt es bereits viele gute Strukturen im Land, mit denen wir gemeinsam an einzelnen politischen Themen arbeiten können.

Sie sind Multiplikatoren in die Gesellschaft hinein, die wir keinesfalls unterschätzen dürfen.

Ein weiterer Ansatz für unseren gemeinsamen Erfolg ist die Intensivierung der Zusammenarbeit von Partei und Landtagsfraktion.

Da haben wir in den vergangenen Monaten bei der Erarbeitung des Wahlprogramms schon richtige Fortschritte erreicht.

Aber auch hier gibt es Reserven und Potentiale, die wir noch besser nutzen müssen.

Wenn eine kleinere Fraktion in der Opposition nun in doppelter Opposition zum einen gegen die **alte, neue große Koalition** und zum anderen in Auseinandersetzung mit der **größeren Oppositionsfraktion** wirklich bestehen will, dann ist sie auf die ganze Partei und ihre Unterstützung angewiesen.

Gleichzeitig ist die Fraktion mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aber auch ein Leistungszentrum, das für die Partei noch besser nutzbar gemacht werden muss.

Die gute Arbeit der Fraktion ist in der Vergangenheit weder in der Öffentlichkeit, noch in der Partei ausreichend bekannt geworden.

Das hat auch unsere interne Wahlkampfauswertung aus den Kreisen so festgestellt.

Auf die Medienberichterstattung allein können wir uns da leider nicht verlassen.

Deshalb werde ich in den nächsten Tagen mit dem dann neu gewählten Fraktionsvorstand Gespräche aufnehmen und Verbesserungen besprechen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir wollen uns für eine Debatte in der Bundespartei einsetzen, mit dem Ziel, Konzepte und Ansprachen zu entwickeln, die auf die Erosion unserer Wählerbasis reagieren.

Wir riskieren nicht nur künftige Wahlerfolge, sondern die Zukunft unserer Partei, wenn wir diese Aufgabe nicht meistern.

Wir wollen an unsere überdurchschnittliche Zustimmung bei den Jung- und Erstwählerinnen und Erstwähler anknüpfen.

Unser Ziel ist es, verstärkt junge Wählerinnen und Wähler zu gewinnen und sie langfristig an unsere Partei zu binden.

Dazu benötigen wir konzeptionelle, mit Maßnahmen untersetzte Überlegungen.

Ein Arbeitskreis aus jungen Mitgliedern unserer Partei, der Landtagsfraktion, dem Studierendenverband und dem Jugendverband soll hierfür Vorschläge erarbeiten.

Mit dem Jugendcamp im April dieses Jahres haben wir bei der Erarbeitung unseres Wahlprogramms damit bereits beste Erfahrungen gemacht.

Wir wollen organisationspolitische Schlussfolgerungen ziehen. Neumitglieder sollen an die Partei gebunden werden.

Seit dem 4. September haben wir bereits 14 neue Mitglieder gewonnen. Das ist hoffnungsvoll, das muss so weiter gehen, denn das wären 30 neue Mitglieder im Monat.

Die neuen Mitglieder müssen dann aber auch einen richtigen Platz in der Partei bekommen.

Dafür ist die gemeinsame Arbeit an konkreten Projekten vor Ort eine effektive Form, um Engagement der neuen Mitglieder zu verbinden mit der Sichtbarkeit der Partei in der Fläche.

Und das darf auch durchaus Spaß machen, liebe Genossinnen und Genossen.

Künftige Wahlerfolge haben aber auch eine Effektivierung der Parteiarbeit zur Voraussetzung.

Dazu gehören offene Büros, die Mitgliedschaft und Sympathisierende gleichermaßen erreichen und der Jugendverbandsarbeit Raum geben.

Gleichzeitig sollen diese auch soziale Orte sein, in denen wir logistische Hilfe für Stadtteilarbeit, antirassistisches Engagement oder Soziokultur anbieten können und wollen.

Mehr Verbindlichkeit und Langfristigkeit und eine zentrale Koordinierung werden in Zukunft wichtig sein.

Regionale Schwächen in der Organisation sollen durch eine landesweite Unterstützung abgemildert werden.

Überprüfen wir also ganz genau, ob unsere Parteibüros in der Fläche diesen Anforderungen gewachsen sind.

Mit der neuen Einteilung der Wahlkreise für die Abgeordneten des Landtages und deren Wahlkreismitarbeiter besteht jetzt die Möglichkeit, notwendige Veränderungen vorzunehmen.

Wir müssen auch unsere Öffentlichkeitsarbeit neu ausrichten.

Die politische Kommunikation ist zu verändern, wir sollten klarer und „frecher“ auftreten.

Dazu gehört die Suche nach neuen Formen, Methoden, Medien und Sprache.

Schauen wir doch alle noch mal in unser beschlossenes Kommunikationskonzept.

Von diesen Vorschlägen haben wir leider auch noch nicht alles ausprobiert.

Wir wollen Überlegungen zu neuen Veranstaltungs- und Gesprächsformaten anstellen, unser Erscheinungsbild in den sozialen Netzwerken sowie die online-Präsenz im Allgemeinen zukunftstauglich machen.

Aber auch unsere klassische Pressearbeit ist mit dem Ziel zu evaluieren, ob unsere Ressourcen tatsächlich effizient eingesetzt werden.

Dafür wollen wir uns auch die unabhängige Beurteilung von außen sichern.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wenn all das von mir voran Gesagte, wenn all das, was uns auch schriftlich in der Wahlauswertung aus den Kreisen Vorliegende, gelingen soll, dann müssen wir alle unsere Potentiale zusammen tun.

Die Verknüpfung der hauptamtlichen Strukturen der Partei, die Landtagsfraktion in ihrer Gesamtheit, die Kreistagsfraktionen, das kommunalpolitische forum, die RLS,

aber vor allem die Vorstände auf Landes- und Kreisebene müssen sich an einem möglichen Neustart beteiligen.

Da haben wir in den vergangenen Jahren schon einiges versucht.

Leider ist es uns durchgängig nicht gelungen.

Über gute Ansätze sind wir nicht hinausgekommen.

Nur so können wir gewährleisten, dass die Kommunikation untereinander besser gelingt, dass wir voneinander wissen und uns gegenseitig unterstützen können.

Nochmal: Parallelstrukturen können wir uns nicht mehr leisten.

Andere Parteien haben noch weniger Mitglieder als wir und erreichen trotzdem weit bessere Wahlergebnisse.

Da kann es an der Zahl der Mitglieder allein nicht liegen.

Wir haben uns in den vergangenen Jahren mit der Erneuerung unserer Kreisstrukturen viel zu lange mit uns selbst beschäftigt.

Wir haben sehr viel Kraft gebunden in den innerparteilichen Richtungsstreitereien, die wir in den Zeiten des Wahlkampfes jedoch auszublenden vermochten.

Die jetzige Wahlauswertung zeigt, dass wir mit der Erneuerung der Partei zwar begonnen haben, der Erfolg sich aber durch das eingefahrene Wahlergebnis nicht eingestellt hat.

Das sowohl äußere, aber auch hausgemachte Faktoren uns an der selbst gesteckten Zielmarke scheitern ließen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

um die Erneuerung der Partei kommen wir nicht umhin, auch nicht um die personelle Erneuerung.

Einige unserer hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden in den nächste Wochen und Monaten in den wohlverdienten Ruhestand gehen.

Einige unserer Kreisvorsitzenden und Kreisvorstandsmitglieder sind seit Jahrzehnten im Amt.

Auch in den kommunalen Vertretungen haben wir Abgeordnete, die schon seit 1990 dabei sind.

Gleiches gilt auch für den Landesvorstand.

Nicht dass ich falsch verstanden werde: Sie haben alle sehr viel für den bisherigen Erfolg unserer Partei geleistet.

Aber langsam wird es für uns **alle** Zeit, unsere eigene Nachfolge ins Auge zu fassen, wenn wir wollen, dass es unsere Partei auch **nach uns** noch gibt.

Wir haben nicht nur eine Verantwortung für unsere eigene Arbeit, sondern auch dafür, dass unser gemeinsames Werk weiter fortbestehen kann.

Deshalb gehört es auch zu unseren Aufgaben, in absehbarer Zeit den Staffelstab weiter zu geben, damit die nächste Generation schon mal in die Startlöcher kommt und sich fit macht für die nächsten Herausforderungen der Partei.

Diesen personellen Erneuerungsprozess haben wir im Landesvorstand und auch in der neuen Fraktion bereits vollzogen, jetzt müssen wir das auch in der Partei angehen.

Bei der Besetzung der hauptamtlichen Mitarbeiterstellen wird uns das in den nächsten zwei, drei Jahren auch durchgehend gelingen.

Wir haben jetzt bei den Wahlen so viele junge, talentierte, kluge und engagierte Direktkandidatinnen und Kandidaten erlebt.

Wir sollten sie nun nicht einfach vergessen, sondern sie direkt ansprechen, zu den nächsten Wahlen der Kreisvorstände anzutreten, weiter mitzumachen und sich ggf. auch für kommende Wahlen als Kandidaten wieder zu bewerben.

Neue Wählerschichten werden wir nur ansprechen, wenn wir unsere jungen eigenen Potentiale an die Spitze unserer Partei lassen.

Und weil es für mich als Landesvorsitzende auch gelten muss, will ich hier und heute ansagen, dass ich für die nächste Vorstandswahl im Herbst 2017 nicht wieder für den Landesvorsitz kandidieren werde.

Seit meinem 18. Lebensjahr bin ich Mitglied unserer Partei.

Ich habe in dieser Zeit immer in verschiedensten Funktionen Verantwortung übernommen.

Diese Partei war immer meine politische Heimat und ist es bis heute geblieben.

Aber auch meine Zeit ist gekommen und deshalb will ich gemeinsam mit euch dieses Jahr nutzen, um den Vorsitz in neue Hände zu geben. Den Staffelstab übergeben.

Mecklenburg-Vorpommern braucht eine starke LINKE!